

# Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Verleger: **W. Neumann, Neudamm**  
Vertriebsstelle: **W. Neumann, Neudamm**  
Kurs für Adressierte: 20011

**Bezugs-Gebühr** vom 1. bis 31. Juli 1927 bei täglich zweimaliger Auslieferung frei Haus 1.50 Mk.  
Verlagspreis für einen Monat Juli 3 Mark ohne Postgebühren.  
Einzelnummer 10 Pfennig

Schiffvermittlung und Seerechtsangelegenheiten  
Druck u. Verlag von **W. Neumann & Reichardt** in Dresden  
Schlesien-Road 1068 Dresden

Abdruck nur mit deutlicher Quellenangabe. „Dresdner Nachr.“ und alle Uebersetzungen dürfen nicht aufbewahrt werden.

## Chamberlain über die See-Abrüstung. Englands nationale Sicherheit als Grundlage jeder Abrüstung zur See.

### Die Coolidge-Konferenz vor dem Unterhaus.

London, 27. Juli. Außenminister Chamberlain gab heute nachmittag im Unterhaus die mit Spannung erwartete Erklärung über die Genfer Flottenabrüstungskonferenz ab. Chamberlain führte aus: Die Regierung hat es für notwendig gehalten, sich persönlich mit ihren Delegierten auszuspochen, um ein klares Bild von der Lage der Verhandlungen zu haben und um imstande zu sein, über gewisse von den Delegierten ihr vorgelegte Fragen eine Entscheidung zu fällen. Dies sei geschehen und die Delegierten kehren heute nach Genf zur Konferenz zurück, die, wie er fest glaube, einen erfolgreichen Abschluß finden werde.

Chamberlain verlas dann folgende Erklärung: Neben anderen Möglichkeiten ist der britischen Regierung sogar ausgeschrieben worden, diejenige Gleichheit der Seemächte, die von der Washingtoner Konferenz bezüglich der Vereinigten Staaten und des Britischen Reiches ins Auge gefaßt worden war, zu zerstören. Dieser Verdacht habe keine Grundlage. Die britische Regierung habe Coolidges Einladung so aufgefaßt, daß er wünsche, die Politik der Washingtoner Konferenz durch weitere Verminderung der Ausgaben bei Aufrechterhaltung der nationalen Sicherheit zu entwickeln. Mit diesem Ziel ist die britische Regierung in voller Übereinstimmung.

Mit diesem Ziel vor Augen hat die britische Regierung vorgeschlagen:

Umfang und Ausrüstung von Schlachtschiffen zu vermindern, bei Beibehaltung ihrer Zahl, wie sie in Washington festgelegt wurde.

Die von England in Genf gemachten Vorschläge würden eine erhebliche Verminderung der nationalen Ausgaben mit sich bringen, ohne dabei die nationale Sicherheit zu gefährden. Chamberlain kam dann auf

### Das Problem der kleinen Kreuzer

zu sprechen, das seiner Meinung nach nicht so einfach zu lösen sei. Geographische Erwägungen könnten dabei nicht ohne weiteres außer acht gelassen werden. Die Vereinigten Staaten seien in einer anderen Lage als Großbritannien, da ihre Hauptverbindungsstellen innerhalb ihrer eigenen Grenzen lägen. Es sei kaum notwendig, darauf hinzuweisen, daß die Londoner Regierung bei Behandlung dieser Frage nur an die Lebensnotwendigkeiten Großbritanniens denke und nicht das geringste Recht für sich beanspruche, anderen Mächten ihre Politik zu diktieren. Das in Washington gefundene Einvernehmen für Schlachtschiffe lasse sich auf kleine Schiffe nicht anwenden. Gleichheit in der Kampfkraft zwischen zwei Nationen sei nicht vorhanden, wenn die eine Nation 10 Kreuzer zu je 10 000 Tonnen, die andere 20 Kreuzer zu je 5 000 Tonnen baue. Chamberlain betonte am Schluß seiner Rede, daß es im Augenblick nicht angängig sei, Einzelheiten über die neuen britischen Vorschläge zu unterbreiten.

Chamberlain schloß: Nach Ansicht der englischen Regierung dürfte keine Schwierigkeit bestehen, zu einem zeitlich begrenzten Abkommen über den gegenwärtigen und künftigen Kreuzerbau zu gelangen. Die britische Regierung lehne jedoch ab, ein solches zeitlich begrenztes Abkommen zu schließen, wenn es den Anschein eines unverständlichen Prinzipals habe und als Präzedenzfall gelten solle.

Im Anschluß an Chamberlains Erklärungen kam es zu einer Aussprache zwischen ihm und Mitgliedern verschiedener Parteien, wobei er nochmals erklärte: Die Grundlage der Konferenz, wie wir sie auffassen, und nach der Absicht

des amerikanischen Präsidenten ist, die Einschränkung der Rüstungen mit der nationalen Sicherheit in Einklang zu bringen, und das ist die einzige Grundlage, auf der irgendeine Konferenz zur Einschränkung der Rüstungen jemals zu einem erfolgreichen Ende gebracht werden kann. Chamberlain hat nochmals, jedes Eingehen auf Detailsfragen zu unterlassen. Er glaube an Stelle des Premierministers erklären zu können, daß das Unterhaus bald, sicher aber nach dem Wiederzusammentritt im März, Gelegenheit erhalten werde, die von der Arbeiterpartei gewünschte Debatte über die Abrüstungsfrage durchzuführen.

Im Oberhaus verlas Lord Salisbury die gleiche Erklärung wie Chamberlain im Unterhaus.

London, 27. Juli. Chamberlains Erklärung im Unterhaus über die Konferenz hat alle die enttäuscht, die erwartet hatten, Chamberlain werde wesentliche Konzessionen an den amerikanischen Standpunkt in Aussicht stellen. Amerikanische Diplomaten und Journalisten, die die Erklärung anhörten, sagten, Chamberlains Ausführungen hätten die Lage nicht entspannt, sondern eher noch etwas verschärft.

### Bridgeman und Cecil abgereist.

London, 27. Juli. Admiral Bridgeman und Sir Robert Cecil sind heute vormittag nach Genf abgereist. Bridgeman erklärte einem Reutersvertreter: Diesmal werden wir die Arbeit so oder so zu Ende führen. Wir kehren nach langen Besprechungen mit dem Kabinett zurück. Die Stellungnahme der Regierung ist unverändert. Meine Hoffnung auf eine Verständigung ist ebenso wie damals, als wir aus Genf abreisten.

Lord Cecil sagte hinzu, daß er immer noch hoffe, obwohl er die Lage als fraglos kritisch betrachte.

Im Zusammenhang mit diesen ziemlich pessimistischen Äußerungen der englischen Hauptdelegierten lautet weiter, daß Bridgeman einen neuen eingehenden Plan mit sich führt, von dem man hofft, daß er für die amerikanischen und japanischen Delegierten annehmbar sein wird. Da Chamberlain sich auf eine allgemeine Erklärung im Unterhause beschränkt, bleibt es offenbar Bridgeman überlassen, im Genf die genauen Pläne der britischen Regierung und die seit einiger Zeit immer wieder angefordigte Klarstellung des britischen Standpunktes vorzubringen.

### London gegen Luftangriffe wehrlos.

Das Ergebnis der englischen Luftmanöver.

London, 27. Juli. Am zweiten Tag der großen englischen Luftmanöver ergab sich, daß trotz einer guten Verteidigung London feindliche Flugzeuge die Stadt bombardieren können. Besonders bei bedecktem Himmel und tiefhängenden Wolken könnten zwei Flugzeuge theoretisch den Funksystem und das Luftschiffministerium vollständig zerstören. Im Kriegsfall wären der Gerichtshof, das Justizministerium und der Stadtrat Gelsen verwundet worden. Die Kämpfe dauerten die ganze Nacht hindurch, und die Angreifer scheinen ihre Ziele einschließlich einer gewaltigen Bombardierung Londons erreicht zu haben. „Morningpost“ schreibt, es sei bewiesen, daß der Feind nicht daran gehindert werden könne, London durch die Luft zu erreichen, wenn aber nur die Hälfte oder auch nur ein Viertel der Angreifer ihr Ziel erreichten, so würde das genügen, um alle Bewohner Londons zu erlösen und den größten Teil der Stadt in Asche zu legen. Und das bei der starken englischen Luftflotte. Wie groß aber ist die Gefahr für Deutschland, das kein einziges Militärflugzeug halten darf!

### Der Bericht über die Offensungen vor der Bolschewikenkonferenz.

Paris, 27. Juli. Die Bolschewikenkonferenz hat heute von dem Bericht der Sachverständigen über die erfolgte Verstärkung der Festungen an der deutschen Ostgrenze Kenntnis genommen.

### Der Professor Saarbrückens gegen den „Bahnstich“.

Saarbrücken, 27. Juli. Die Saarbrücker Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich in ihrer gestrigen Sitzung auch mit der Frage der Baderlaubnis für die englische Bahnschutztruppe und protestierte einmütig gegen das Eindringen der englischen Bahnschutzangehörigen in die städtische Baderkaserne. Das Verhalten des Polizeidirektors, der unter englischem Druck die Baderlaubnis für Engländer erzwungen wollte, wurde getadelt. Die Bahnschutzvereinbarung als solche wurde von der Stadtverordnetenversammlung als überflüssig bezeichnet.

### Das Niederlassungsrecht mit Polen geregelt.

Berlin, 27. Juli. Die diplomatischen Verhandlungen mit Polen über die Regelung des Niederlassungsrechtes sind zu einem vorläufigen Abschluß gebracht worden. Die jetzt herbeigeführte Ausgleichung des deutschen und polnischen Standpunktes ist allerdings nur vorläufig. Die Polen haben sich vorbehalten, bei den kommenden Vertragsverhandlungen die Kompensationen auf wirtschaftlichem Gebiete zu fordern. Die Verhandlungen der deutschen und polnischen Handelsdelegationen werden wahrscheinlich Ende September wieder aufgenommen werden.

### Kinderfreunde!

Seit dem ersten Kriegsjahre kämpft das deutsche Volk mit ungleichen Waffen gegen die Hochflut der feindlichen Doh- und Lügenpropaganda, die Deutschland zum Kriegsschuldigen gestempelt und aus den bewunderungswürdigen deutschen Soldaten Wurdbröckel, Expreffer und Räuber gemacht hat. Und nach 13jährigem Kampf der Wahrheit gegen die Lüge stellt der Vetter der französischen Politik die unverkündete Forderung auf, daß die Deutschen aufhören müßten, die Schuld der Zentralmächte am Weltkriege und die von ihren Truppen begangenen Ausschreitungen während der militärischen Operationen abzuleugnen, ehe der Weg zur Verständigung frei werden könnte. Aber immerhin, wer dies sagt, wer von der Ermordung von Zivilisten und der Brandstiftung von Orthes spricht, ist Poincaré, der eigentliche Kriegsverantwortliche, der das brennendste Interesse daran hat, die Aufmerksamkeit der Welt von der eigenen großen Schuld abzulenken. Beschämend und empörend ist es nur, daß der „Vorwärts“, das Zentralorgan der noch immer stärksten deutschen Partei, zu diesem Lügenfang Poincarés eine nichttönende und abstoßende Begleitmusik intoniert. Er sitzt in das Horn Poincarés, denn „dieser sage nichts anderes, als daß Deutschland nicht die damaligen Brandstiftungen zu rechtfertigen versuchen sollte, wie dies neuerdings durch den Bericht des Untersuchungs Ausschusses des Reichstages über den Frontkierkrieg geschehen ist“. Des Untersuchungs Ausschusses, der in oft übertrieben objektiver Unterfuchung festgestellt hat, daß in Orthes swanzig deutsche Landwehrmänner von feindlichen Zivilisten in unbeschreiblich bestialischer Weise hingerichtet und verstümmelt worden sind. Der „Vorwärts“ sieht selbst in Poincarés den Verständigungsfreund, zumal er „ausdrücklich hinzugefügt habe, daß niemand in Frankreich daran denke, die Verantwortung einem ganzen Volke aufzubürden“. Mit demselben Löder hat man das deutsche Volk wehrlos und für das Friedensschicksal reif gemacht. Traurig genug, daß die deutschen Sozialisten daraus nichts gelernt haben. Unerträglich aber ist es für jeden, der sein Volk liebt, wenn der „Vorwärts“ das Gift der deutschen Selbstbelleidung und Selbsterniedrigung in die Jugend trägt, wenn er mit grauenvollen Bildern einer unmenschlichen Phantastie empfindliche Kinderseelen fesselt, um aus ihnen gewaltiam jedes Gefühl für die gerechte Sache ihres Volkes herauszureißen und die junge Generation für die Beständigung vorzubereiten, die Poincaré dem „unschuldigen“ Teil des deutschen Volkes vorgaukelt.

Alle 14 Tage bringt der „Vorwärts“ eine bunt illustrierte Kinderbeilage „Der Kinderfreund“, die auch uns schon Anlaß zu ernster Kritik gegeben hat. Noch niemals aber ist eine Nummer dieses „Kinderfreundes“ so schamlos verkehrt, so planmäßig grausam harmlose Kinderemüther vergiftend gewesen wie das Blatt, das an demselben Sonntag erschienen ist, an dem Poincaré, acht Jahre nach Friedensschluß, erneut die Lüge von den Kriegsgreueln aufgewärmt und das deutsche Volk unter Anklage gestellt hat. Entsetzlich sind die Bilder, die das Kind natürlich zuerst in sich aufnimmt. Auf Erweckung des Mitleides abgehimmt das Titelbild, das einen einarmigen Kriegsblinden im selbgrauen Mantel an der Hand eines kleinen, bittend die Soldatenmühe hinhaltenden Mädchens zeigt. In planmäßiger Steigerung dann phantastisch unwirkliche Granateinschläge zuerst in einer Fabrik und dann in grellen Farben vor einem kleinen Hause, wo ein zufällig des Weges gehendes Mädchen getroffen zu Boden sinkt. Weiter endlose Reihen von Soldatengräbern und ein von unglücklichen Kugeln durchbohrter Krieger. Das grauenvollste aber ist ein schräg über das Blatt gehobener dicht gedrängter Zug wandelnder mit selbgrauen Mänteln bedähter Totenkette. Die Augenhöhlen sind sämtlich mit blauen Kriegsblinden-Brillen verdeckt. Schauerlich grinsen die Gesichter, unheimlich leuchten teils mit Soldatenmühen bedeckt, teils völlig laß, die Totenschädel. Ein Bild grenzenlosen Entsetzens. Und das in einer Kinderbeilage! Das unter der Firma eines Kinderfreundes. Jeden Erwachsenen höst das Bild ab. Wer aber jemals in die Seele eines Kindes geschaut hat, wer es beobachtet hat, wie gerade das Kind den Tod fürchtet und von allen Bildern geängstigt wird, die irgendwie mit dem Tode zusammenhängen, wer es jemals erfahren hat, welchen unaussprechlichen, Schlaf und Harmlosigkeit für lange Zeit verschleichenden Eindruck graufige Darstellungen gerade auf das Kind machen, der wird eine Vorstellung davon gewinnen können, welche barbarische Marter, welches unerantwortliche Mordwerk mit dieser sogenannten Jugendbeilage an harmlosen Kinderseelen begangen wird. Ein fürchterliches Gift für die deutsche Jugend, ausgebreitet von einer Partei, die trotzdem vorgibt, für das deutsche Volk zu kämpfen.

Und dann der Text! Wie wieder Krieg ist die Parole. Zwar das blutrünstige Gedicht zu der die Fabrik zerstörenden Granate verstehen die Kinder nicht. Und eine pazifistische Werbung dienende längere Erzählung von Soldatengräbern in Frankreich hält sich wenigstens von allzu großen Abstrichkeiten fern. Aber die Kriegsgeschichten von Anna Siemsen sind geradezu verhängnisvolle Illustrationen zu den Grenzlägen, deren Verfasser Poincaré an demselben Sonntag er-

### Systematische Verdächtigungen gegen Weisarp.

Berlin, 27. Juli. Der Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei, Graf Weisarp, hat kürzlich auf Wunsch eines englisch-amerikanischen Zeitungsdiplomaten eine sehr eindringliche Darstellung der deutschen außenpolitischen Schwierigkeiten gegeben und sich dabei auch mit dem Verdacht beschäftigt, daß Deutschland mit Rußland zusammengehen und europäische Interessen verteidigen werde. Er hat aber mit keinem Worte ein Zusammengehen Deutschlands mit England gegen Rußland empfohlen. Der Bericht über diese Unterredung wurde am 17. Juli in den „Sunday Times“ veröffentlicht und sofort von der Einspreß als ein Vorstoß Weisarps gegen die offizielle Außenpolitik der Neutralität ausgelegt. In der demokratischen Presse erschien aber Tage nach der Veröffentlichung der Unterredung eine Londoner Meldung, wonach eine offizielle englische Antwort an Graf Weisarp in den „Sunday Times“ veröffentlicht sei. In der dem Führer der Deutschnationalen voranzurufen werde, daß er die Winau Englands vom Verfasser Weisarp gegen den Bruch des Berliner Vertrags ableite.

Inzwischen ist die „Sunday Times“ in Berlin eingetroffen und es stellt sich heraus, daß die Aufschrift in diesem Blatte an der Stelle steht, an der Weisarp aus dem Publikum veröffentlicht werden. Der Verfasser ist offenbar ein politischer Propagandist, denn er wirkt, was natürlich die demokratische Presse nicht mit veröffentlicht hat, Deutschland vor, daß es den Handelskrieg an Polen erklärt habe. Wahrscheinlich ist der Verfasser der Aufschrift ein gewisser Raschaw, der ebenso wie der berühmte „August“ polnische Propagandadienste in London leistet. Dieser Mann ist der Kronzeuge der deutschen Einspreß dafür, daß England offiziell den Grafen Weisarp abgefeindet habe.